

Sehr geehrte Damen und Herren
in den Regierungsämtern, in den Ministerien, im Bundespräsidentenamtsamt, am
Bundesverfassungsgericht,
sehr geehrte Kommunalpolitiker, Landräte und BürgermeisterInnen,
sehr geehrte Damen und Herren in den Redaktionen

wir möchten Sie dringend vor einer sehr **bedenklichen Entwicklung** warnen:

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) plant, ein **Abkommen über die „weltweite Pandemievorsorge“** zu etablieren. Der Vertrag wurde im Dezember 2021 präsentiert und am 1. März 2022 tagte ein Verhandlungsgremium zum ersten Mal. Es hieß dazu in den Medien: „Deutschland unterstützt den neuen Vertrag“, der eine Lücke in der internationalen Gesundheitsgesetzgebung schließen soll.

Solch ein Vorhaben ist brandgefährlich! Dieses Abkommen soll ermöglichen, dass die WHO nicht mehr wie bisher nur Empfehlungen für die Regierungen der Mitgliedsländer abgibt, sondern Entscheidungen trifft, die in allen Mitgliedsländern dann als Gesetze gelten und sogar **über unserem Grundgesetz** stehen sollen. Das „Abkommen zur Pandemievorsorge“ würde eine **Umgehung aller demokratischen Institutionen** bedeuten, denn die WHO selbst ist nicht demokratisch legitimiert. Die deutschen BürgerInnen haben **keinen Einfluss** auf dieses Gremium, die gewählte Regierung würde zum ausführenden Organ degradiert.

Die Unterzeichnung des Vertrags birgt also für die Mitgliedsstaaten ein enormes Gefahrenpotenzial. Dieses Abkommen würde es der WHO ermöglichen, den Ländern **beliebige Maßnahmen zu diktieren**. Einzige Voraussetzung: die WHO erklärt zuvor den globalen Notstand. Was als „globaler Notstand“ gilt, entscheidet allerdings die WHO selbst.

Hinzu kommen Pläne der Weltgesundheitsorganisation zum **Umgang mit Fehlinformation** - so plant die WHO konkrete Maßnahmen ergreifen zu können, um den Fluss „zuverlässiger und genauer Informationen zu verbessern und weltweit gegen Fehlinformationen vorzugehen“, siehe Originalzitat: “In addition, it will set the foundation for better communication and information to citizens. Misinformation threatens public trust and risks undermining public health responses. To redeem citizen trust, concrete measures should be foreseen to improve the flow of reliable and accurate information as well as to tackle misinformation globally.”¹

Aber **wer entscheidet denn, was Falschinformation ist?** Die WHO? Die Chefredakteure von Zeitungen und Sendern, die Inhaber der Sozialen Medien wie YouTube, FaceBook usw? Das Wahrheitsministerium?

Ursprünglich war die WHO eine unabhängige internationale Organisation, die dem Wohl der Menschen dient. Inzwischen muss man sich jedoch fragen, ob die Weltgesundheitsorganisation immer noch ihren ursprünglichen Idealen folgt oder eher den **Wünschen ihrer Geldgeber** nachkommt. Sie finanziert sich nämlich nur noch zu 20 Prozent aus den Pflichtbeiträgen der Mitgliedsländer. Die restlichen 80 Prozent stammen aus Spenden, zum Teil von Stiftungen und der Pharmaindustrie. Und von diesen Geldern ist wiederum ein Großteil zweckgebunden: Das heißt, die Spender bestimmen, wofür die WHO ihr Geld ausgibt. **Unabhängig sieht anders aus!**

Wir dürfen uns schon fragen, ob es dabei wirklich um die Gesundheit der Menschen geht oder doch zunehmend um **Geld und Kontrolle**. Dass Letzteres zumindest eine große Rolle spielt, konnten wir schon im Zusammenhang mit der **Schweinegrippe 2009** erleben:

Bis 2009 definierte die WHO auf ihrer Website eine Pandemie noch mit „einer enormen Anzahl von Todes- und Krankheitsfällen“. Als sich herausstellte, dass die Schweinegrippe höchst harmlos verlief, verschwand dieser Passus ohne jegliche wissenschaftliche/medizinische Begründung und es

1 <https://www.consilium.europa.eu/en/policies/coronavirus/pandemic-treaty/>

genügte, dass sich ein (neuer) Erreger rasch in mindestens zwei Regionen ausbreitet, um eine Pandemie auszurufen. Nachforschungen des British Medical Journal und des Bureau of Investigative Journalism legten nahe, dass die Empfehlungen der WHO damals maßgeblich durch **wirtschaftliche Interessen beeinflusst** waren. Inwiefern die WHO in der **aktuellen Corona-Pandemie** unabhängig agiert hat oder ob wieder wirtschaftliche Interessen an ihren folgenschweren Entscheidungen beteiligt waren, wird noch untersucht werden müssen.

Es ist höchste Zeit, NEIN zu sagen

Tritt dieses geplante Abkommen also in Kraft, könnte die WHO nicht nur aufgrund eines mäßig gefährlichen Virus eine Pandemie ausrufen und **der ganzen Welt strenge Maßnahmen** vorschreiben. Sie könnte auch bei jeder beliebigen Infektionskrankheit eine Impfpflicht in allen Mitgliedsstaaten verordnen. Impfstoffhersteller (die zum Teil auch die WHO finanzieren) hätten wohl nichts dagegen. Bei der ersten Sitzung des Verhandlungsgremiums am 1. März wurden Vorgangsweise und Fristen festgelegt, um das **weltweite Abkommen zur Pandemievorsorge auf Schiene** zu bringen. Die zweite Sitzung soll am 1. August 2022 stattfinden. Ziel ist, das Abkommen bereits im Jahr 2024 rechtsverbindlich zu machen. Auch wenn die Pläne uns mit schönen Worten „verkauft“ werden sollen (siehe www.consilium.europa.eu/de/policies/coronavirus/pandemic-treaty/): Es kann nicht sein, dass eine **von der Pharmabranche und privaten Geldgebern abhängige Organisation** über das Wohl der Erdbevölkerung bestimmt.

Gleichzeitig macht eine solchermaßen **zentralisierte Gesundheitspolitik keinen Sinn**, da sie **regionale und individuelle** Bedürfnisse nicht berücksichtigen kann und das landes- oder regionspezifische Reagieren auf eine Notsituation unmöglich macht. Schließlich verlangen andere Lebensumstände und Umweltbedingungen im Pandemiefall auch andere Maßnahmen. Und Menschen sind unterschiedlich und benötigen eine individuelle Behandlung durch einen Arzt ihres Vertrauens in ihrer Region.

Gesundheit braucht Freiheit und Demokratie

In Anlehnung an die Wissenschaftliche Initiative Gesundheit für Österreich e.V. , rufen wir (Ärzte stehen auf, MWGFD, Ärzte für Aufklärung und medicalQM) auch **alle deutschen Entscheidungsträger** dazu auf, für die Bevölkerung, für ein demokratisches Miteinander und für echte, nämlich die biopsychosoziale Gesundheit der Menschen einzutreten. **Biopsychosoziale Gesundheit** nimmt den Menschen als Ganzes wahr, mit allen Aspekten, die zu seinem Wohlbefinden beitragen: den körperlichen, den seelischen und den sozialen. Dazu gehört die **individuelle ärztliche Betreuung** ebenso wie **Selbstbestimmung und persönliche Freiheit**.

Die deutsche Bevölkerung steht derzeit vor einer zukunftssträchtigen Entscheidung: Wollen wir **weltweit agierende Behörden und Interessensvertretungen über unser Leben bestimmen lassen** – Organisationen, die eng mit der Pharmaindustrie verflochten sind? Oder soll uns **unser Grundgesetz** auch bei Gesundheitsfragen **weiterhin vor Übergriffen** durch den Staat oder internationale Organisationen **schützen**?

Wir fordern daher:

- **KEINE UNTERZEICHUNG** dieses Pandemievertrags durch die Bundesregierung!
- die **breite Information der Bevölkerung** über dieses Vertragswerk und die daraus entstehenden Konsequenzen.
- den **Volksentscheid auf Bundesebene**, um über solch wichtige Fragen abstimmen zu können!
- eine **Aufarbeitung der Corona-Krise** durch einen unabhängigen Untersuchungsausschuss VOR dem Abschluss eines Vertrags über das Vorgehen bei neuen Pandemien, damit aus Fehlern gelernt wird, bevor sie weltweit wiederholt und in Stein gemeißelt werden.

Abschließend bitten wir um **Antworten auf folgende Fragen** bis spätestens 10.05.2022:

Wer hat ohne öffentlichen Diskurs beschlossen, dass Deutschland diesen internationalen Pandemievertrag unterstützt? Wer vertritt in dieser Angelegenheit die Interessen der deutschen Bevölkerung und maßt sich damit an zu wissen was die deutsche Bevölkerung braucht, ohne sie gefragt zu haben? Wie lässt sich solch ein Vorgehen und solch ein Vertrag mit unserem Grundgesetz vereinbaren?

Wer von den gewählten deutschen Regierungsmitgliedern ist verantwortlich für die Unterzeichnung oder Nicht-Unterzeichnung dieses Vertrages?

Wir sind ein Zusammenschluss von überparteilich organisierten Verbänden von ÄrztInnen und WissenschaftlerInnen sowie Angehörigen aller Gesundheitsberufe, die die Entwicklungen in Politik und Gesellschaft schon lange mit großer Besorgnis wahrnehmen. Nicht nur aus medizinwissenschaftlicher, sondern auch aus rein menschlicher Sicht.

Gemeinsam wollen wir aufklären, aber auch Lösungswege aufzeigen, die uns aus der Krise und wieder zu einem gesunden Miteinander führen können. Wir sind unabhängig von jeglicher Parteipolitik, dabei distanzieren wir uns von rassistischem und menschenfeindlichen Gedankengut – wir stehen ein für unabhängige, unbestechliche, evidenzbasierte Medizin.

Ärzte  **stehen auf!**

